



© Rettet den Regenwald e.V. (by-nc-nd 2.0)

Die illegalen Fällungen und der Export von Rosenholz sind ein lukratives Geschäft, schädigen den Regenwald auf Madagaskar aber enorm.

DAS ELFENBEIN MADAGASKARS

Wie illegaler Rosenholzhandel die Natur bedroht

Der Inselstaat Madagaskar ist vor allem für seine Natur- und Artenvielfalt bekannt. Wenige wissen jedoch, dass dort auch das weltweit am stärksten illegal gehandelte Naturprodukt beheimatet ist: Rosenholz. Die geschlagenen Hölzer werden oftmals nach China exportiert, wo sie zu Möbeln verarbeitet werden. Korruption und Verflechtung zwischen HolzhändlerInnen und der politischen Ebene erschweren die Unterbindung des Handels mit den geschützten Baumarten. Zusätzlich werden AktivistInnen, die sich gegen den illegalen Holzeinschlag engagieren, kriminalisiert.

DIE AUSWIRKUNGEN der anhaltenden illegalen Fällungen von Edelhölzern auf der Insel sind dramatisch: Zunehmend degradieren die Wälder, endemische Tierarten verlieren ihre Heimat und die Waldbrandwahrscheinlichkeit steigt. Dadurch geht die natürliche Schutzfunktion für Wasser und Boden verloren. Bodenerosion und Versteppung sind die Folgen. Die im Osten der Insel gelegenen Nationalparks ‚Rainforests of the Atsinanana‘ sind wegen der anhaltenden illegalen Einschläge von Edelhölzern seit 2010 als bedrohtes UNESCO-Weltnaturerbe klassifiziert. Mittlerweile sind mutmaßlich die meisten der verbliebenen Wälder, in denen diese Edelhölzer noch vor-

kommen, betroffen – dabei hat Madagaskar schon über 80 Prozent seiner Wälder verloren.

Entgegen geltender Gesetze

Offiziell ist der Einschlag und Handel von Bäumen in Madagaskars Nationalparks seit Jahrzehnten verboten. Das Verbot umfasst praktisch jeden einzelnen Schritt: vom Fällen der Stämme, über den Transport bis zum Export. Als allerdings im Jahr 2007 starke Stürme viele Edelholzbäume entwurzelten, rief der damalige Präsident Marc Ravalomanana eine Gesetzesausnahme aus. Diese legalisierte den Export von ‚auf natürliche Weise gefallenem‘ Holz. Die Gesetzesausnahme hielt dem nationalen und in-

ternationalen Druck zwar nicht lange stand, dennoch beschleunigte sie den Handel mit Edelhölzern und führte zu einer Vermischung des illegalen und legalen Handels.

2013 nahm das Washingtoner Abkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten (CITES) madagassische Rosen-, Eben- und Palisanderholzarten in ihre Liste bedrohter Naturarten auf. CITES versucht seit 1975 sicherzustellen, dass der Handel mit natürlichen Ressourcen und Wildtieren empfindliche Ökosysteme nicht gefährdet. Seither unterliegt der weltweite Handel mit madagassischen Edelhölzern nicht nur nationalen, sondern auch internationalen Restriktionen. Diese haben allerdings wenig bewirkt: Stämme finden weiterhin ihren Weg in internationale Häfen, bei steigendem Marktwert. Besonders in China wird das Edelholz aufgrund seiner dunklen, etwas rötlichen Farbe für die Herstellung der traditionellen, teuren Hongmu-Möbel nachgefragt, die als Statussymbol gelten. Ein Bett

aus Rosenholz kann dort für bis zu 1 Million Dollar verkauft werden.

Das System der Holzbarone

Für den illegalen Handel müssen die HolzschmugglerInnen, die sogenannten Holzbarone, die beschriebenen Gesetze und Richtlinien umgehen. Sicherheitskräfte und Ranger der Nationalparkbehörde, die in den Nationalparks und an den Grenzen patrouillieren, sind dabei kein Hindernis. Bestechungsgelder liegen deutlich höher als die gezahlten Löhne: Umgerechnet bis zu 15 Euro soll das Sicherheitspersonal zugesteckt bekommen, wenn es einen einzigen Stamm über die Grenzen des Nationalparks passieren lässt. Da der durchschnittliche Monatslohn in Madagaskar bei 31 Euro liegt, ist das ein sehr attraktiver Anreiz für die lokale Bevölkerung, den Schmuggel zu unterstützen. Hinzu kommt, dass die Naturschutzparks oftmals weitläufig und abgelegen sind, sodass ein wirksamer Schutz der Parkgrenzen praktisch nicht zu gewährleisten ist. Das meiste illegal geschlagene Edelholz lagert derzeit in versteckten Holzlagern privater HändlerInnen. Dort können die Stämme nicht von Zählungen und Verifizierungen erfasst werden, die den Verkauf erschweren. Die Insel verlassen die Edelhölzer meist mithilfe weiterer Bestechungsgelder in Transportcontainern auf Schiffen, welche häufig für Vanille und andere legal exportierbare Güter zertifiziert sind.

Strafen für AktivistInnen statt SchmugglerInnen

Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betonen, dass die Verflechtung der Holzbarone bis tief in die politische Elite Madagaskars hineinreicht. Aufgrund dessen müssen diese bisher wenig Sorge vor möglicher Strafverfolgung haben. Zwar richtete die Regierung im August 2018 ein Sondergericht ein, um den Edelholzhandel einzudämmen – inwieweit dieses tätig wird, ist noch abzuwarten. KritikerInnen monieren, dass das Strafrechtssystem oftmals eingesetzt wird, um AktivistInnen einzuschüchtern, anstatt ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu schützen und die Hinterleute des illegalen Holzhandels zur Verantwortung zu ziehen. Daher kämpfen die meisten AktivistInnen außerhalb politischer Netzwerke für die Unterbindung des illegalen Handels – oftmals mit weitreichenden Folgen: Clovis Razafimalala, einer

der bekanntesten Umweltschützer Madagaskars, hatte die Regierung aufgefordert, HolzschmugglerInnen strafrechtlich zu verfolgen. Dafür wurde er massiv von den Handlangern der Holzbarone unter Druck gesetzt, die versuchten, ihn durch Bestechungsgelder und Morddrohungen zum Schweigen zu bringen. Zudem wurde er nach einem Scheinprozess zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und kam nur durch großen internationalen Druck nach 10 Monaten wieder frei. Aufgrund dieses und weiteren Fällen sprechen einige Stimmen von einer „Kriminalisierung des Staates“, worunter die Auflösung der Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und Staatsmacht zu verstehen ist. Als ein Signal gegen den Holzschmuggel fordern wiederholt zahlreiche Fachleute von der seit Januar 2019 amtierenden Regierung das Verbrennen aller noch gelagerten, abgeholzten Edelholzbestände, die in den letzten Jahrzehnten konfisziert wurden. Zu dieser Maßnahme griffen zuletzt wieder Regierungen in Kenia (2016) und in Gabun (2018), um den illegalen Handel mit in diesen Fällen Elfenbein einzudämmen.

Stärkung der Zivilgesellschaft als Entwicklungschance

Einfache Lösungen zum Schutz der Edelhölzer auf Madagaskar gibt es keine. Auch wenn viel Geld in neuere Überwachungstechnologien gesteckt werden würde, würde dies nicht die finanziellen Anreize des illegalen Edelholzhandels beseitigen. Dabei wäre es zentral, vor Ort den Fluss von Bestechungsgeldern, gefälschten Zertifikaten, Einschüchterungen gegen AktivistInnen zu stoppen sowie die Strafverfolgung deutlich zu stärken. Dazu könnte die Unterstützung von Anti-Korruptionsinstitutionen, wie dem Bureau indépendant anti-corruption (BIANCO), angedacht werden. BIANCO setzt sich für Präventivmaßnahmen gegen Korruption ein, hat aber auch das Mandat, bei Verdachtsfällen ermittelnd vorzugehen. Die Abschaffung der Bestechungsmöglichkeiten im öffentlichen und privaten Sektor stellt dabei eine der größten Herausforderungen dar.

Viele zivilgesellschaftliche AkteurInnen fordern mehr Engagement von (internationalen) GeberInnen, wie dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das BMZ steht vor der Herausforderung,

dass seine Unterstützung mit der madagassischen Regierung abgestimmt werden muss. Gleichzeitig erfordert der Kampf gegen den illegalen Edelholzhandel auch die Unterstützung nichtstaatlicher AkteurInnen, die staatlichen Stellen gegenüber sehr kritisch eingestellt sind. Insbesondere die Zivilgesellschaft, die lokalen Medien sowie die dezentralen Gebietskörperschaften können eine entscheidende Rolle bei der Überwachung der Einhaltung von Gesetz und Ordnung spielen. Nach Angaben der Alliance Voahary Gasy (AVG) entfallen nur 5 Prozent des nationalen Budgets auf die ländlichen Gemeinden, sodass sie ihrer Kontrollfunktion vor Ort, insbesondere in den Nationalparks, wegen chronischer Unterfinanzierung nicht nachkommen können. Die AVG setzt sich aus Mitgliedsorganisationen der madagassischen Zivilgesellschaft im Umweltsektor zusammen, die eine nachhaltige und verantwortungsvolle Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen etablieren möchten. Solche kritischen, unabhängigen NGOs sind noch ein Mangel in Madagaskar, wohl auch, da solch Engagement zu einem persönlichen und beruflichen Risiko werden kann.

Einige UmweltaktivistInnen versuchen, den lokalen AnwohnerInnen von Naturschutzgebieten Verdienstalternativen zu bieten und die Bedeutung des Waldes zu verdeutlichen. Für diese Aufklärungsarbeit kann die Förderung des Radios und der Presse zentral sein, die auch abgelegene Dörfer und Gemeinden im Land erreichen: Madagaskar belegt in der Rangliste der Pressefreiheit international den 57. von 179 Plätzen, was von einer kritischen und weitgehend unabhängigen Berichterstattung zeugt. Statt die Verantwortung für den Umweltschutz ausschließlich über die Regierung zu fördern, könnte durch die direkte Stärkung der Zivilbevölkerung und der Presse neue effektive Unterstützung angeboten werden – so dass auch noch die kommenden Generationen in Madagaskar von der Naturvielfalt ihres Landes profitieren können.



Nora Kiefer und Laura Ratert

Die Autorinnen arbeiten für die Deutsche Afrika Stiftung, die sich für ein differenziertes Bild des afrikanischen Kontinents in der deutschen Politik und Öffentlichkeit einsetzt.

1/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Justitia zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das Recht als schärfste Waffe
für Umwelt und Entwicklung?

Seite 4

AnwältInnen der Erde:
Klagen für Umwelt- und
Klimaschutz

Seite 10

Im Kampf gegen
Windmühlen: der Fall
Butendiek

Seite 14

Die EU-Pestizidverordnung
im Realitäts-Check

Seite 20

Menschen- und
Umweltrechte in
Lateinamerikas Verfassungen

SCHWERPUNKT

Ausstrahlung des Völkerrechts Schöne Versprechungen oder ein Vehikel mit Substanz? <i>Anne Kling</i>	2
AnwältInnen der Erde Wie der Kampf für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz juristisch Erfolg haben kann <i>Prof. Dr. Hermann E. Ott</i>	4
Ja zum Gesetz, Nein zum Vollzug? Über die Umsetzung von Rechtsvorschriften am Beispiel Luftreinhaltung <i>Dorothee Saar</i>	6
EU-Naturschutz(gebiete): nur auf dem Papier? Bei allen Erfolgen von Natura 2000: Auch EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland müssen Schutzgebietsarbeit ernster nehmen <i>Dr. Raphael Weyland</i>	8
Im Kampf gegen die Windmühlen Der Fall Butendiek zeigt die Herausforderungen von Umweltklagen <i>Anne Böhnke-Henrichs</i>	10
Nicht nur Schweizer Käse hat Löcher Anspruch und Wirklichkeit deutscher Steuergesetzgebung und -praxis <i>Wolfgang Obenland</i>	12
Konsequente Anwendung – Fehlanzeige Die EU-Pestizidverordnung im Realitäts-Check <i>Dr. Peter Clausing</i>	14
Gewässerschutz Made in Europe Nicht die EU-Richtlinien sind das Problem, sondern ihre verschleppte Umsetzung auf nationaler Ebene <i>Ilka Dege</i>	16
Das Elfenbein Madagaskars Wie illegaler Rosenholzhandel die Natur bedroht <i>Nora Kiefer und Laura Ratert</i>	18
Menschen- und Umweltrechte in Lateinamerikas Verfassungen Zwischen progressiven Ansätzen und systematischen Widersprüchen <i>Almudena Abascal</i>	20
Schwerpunkt – Publikationen	22

AKTUELLES

Under Pressure Wie internationale Konzerne unsere Umweltregulierung fest im Griff haben <i>Nelly Grotefendt und Alessa Hartmann</i>	23
Vom Resolutionsmarathon zum Minimalkonsens UN-Umweltversammlung bringt UmweltpolitikerInnen zusammen <i>Marie-Luise Abshagen</i>	24
Waldzerstörung in der Europäischen Union Die Urwaldabholzung in Rumänien muss gestoppt werden <i>László Maráz</i>	26
Wasserknappheit ist menschengemacht Über die Rolle von Politik, Wirtschaft und KonsumentInnen <i>Marijana Todorovic</i>	28
THEMEN AUS DEM FORUM	
Digitale Biopiraterie Die gerechte Nutzteilhabe genetischer Ressourcen gerät ins Hintertreffen <i>Ursula Gröhn-Wittern</i>	30
Mit Gene Drives endlich wirklich Gott spielen Save Our Seeds fordert ein weltweites Moratorium für die Anwendung des neuen gentechnischen Verfahrens zur Manipulation von Ökosystemen <i>Mareike Imken</i>	32
Wenn Tiere Leben bedeuten Wie Tierärzte ohne Grenzen e. V. WanderviehhirtInnen in den Fokus nimmt <i>Constanze Bönig</i>	34
Klimawende von unten Wie wir durch direkte Demokratie die Klimapolitik in die Hand nehmen <i>Greta Pallaver</i>	36
Zu gut für die Tonne Abfallvermeidung auch für Handy, Kühlschrank & Co. <i>Katrin Meyer</i>	38
Umweltschutz ist Heimatschutz? Reaktionen auf den Artikel „Umweltschutz ist Heimatschutz? Was rechtsextreme Ideologien mit Natur- und Umwelt zu tun haben“, Rundbrief 04/2018	40
Neueste Publikationen Forum Umwelt & Entwicklung	41



Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2019.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 910, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marijana Todorovic und Josephine Koch **MITARBEIT:** Tom Kurz **KORREKTORAT:** Julia Rintz **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** r.classen/Shutterstock.com **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 10. März 2019